IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 155 | 5. August 1921 | א' אב תרפ"א | Einzelnummer 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Zum Problem der wirtschaftlichen Sanierung der Juden Osteuropas.

Interview der „J.P.Z." mit Dr. Julius Goldman, New York.

Der ehemalige Generaldirektor des „Joint Distribution Committee", Dr. Julius Goldman, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete sozialer Fürsorge, der sich um das Judentum überaus verdient gemacht hat, hatte die Liebenswürdigkeit, dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" während seines Aufenthaltes in New York in längeren Unterredungen die untenstehenden Ausführungen über das brennende Problem, wie eine wirtschaftliche Gesundung der jüd. Massen in Osteuropa herbeizuführen wäre, zu machen.

Dr. Goldman, einer der bekanntesten Anwälte New Yorks, der auf eine 40 jährige segensreiche soziale Arbeit zurückblickt, ist wie kaum ein Anderer berufen, über diese Fragen zu sprechen, datiert doch sein Hilfswerk für die Immigration aus Osteuropa seit 1871, der Gründung der Hebrew Immigrant Aid Society (Hias). Dank der tätigen Mitarbeit von Jacob H. Schiff und Oscar Strauss wurde es damals ermöglicht, 5—6000 jüd. Immigranten pro Woche nach Amerika zu bringen, die auf die Fabrikstädte von New-England und die westlichen Staaten verteilt wurden. Diesen Immigranten gegenüber hat sich Dr. Goldman, der Mann mit dem goldenen Herzen, stets als warmer Freund erwiesen und war immer bemüht, deren Los zu verbessern. Vom Grundsatz der Selbsthilfe ausgehend, hielt er es für wichtig, den Immigranten das Interesse an der Erlangung der Selbständigkeit klarzumachen, weshalb er 1890 die Baron Hirsch Gewerbeschule gründete. Infolge seines praktischen Wirkens auf den mannigfachsten Gebieten und als gründlicher Kenner der europäischen Verhältnisse sammelte Dr. Goldman reiche Erfahrungen, die ihn zum Generaldirektor des JDC geradezu prädestinierten. Nachdem er dieses Amt in Paris während nahezu eines Jahres versah, und auch mehrere mühselige Reisen nach Osteuropa unternahm, wobei er Opfer an Gesundheit und Vermögen brachte — erwähnt sei nur eine Spende von 80,000 Dollar, die er im gleichen Jahr für die Hilfsaktion des Joint beisteuerte — kehrte Dr. Goldman nach Amerika zurück, um dort persönlich für ein grosszügiges konstruktives jüdisches Hilfswerk zu wirken. Dr. Goldman führte aus:

Wie gross auch die Leiden der Juden in den vom Krieg heimgesuchten Ländern sein mögen, und wieviel Appelle um Hilfeleistung an uns ergehen mögen, so bin ich überzeugt, dass der Entschluss des Joint Distribution Committee, allmählich die Beihilfe in der Form von Unterstützung zu kürzen, ein vernünftiger ist und dass im Laufe dieses Jahres das Unterstützungswerk allmählich eingestellt werden sollte. Was jedoch nicht eingestellt werden kann und was mit unentwegter Kraft und Opfern angestrebt werden muss, das ist der Wiederaufbau der Judenheit Osteuropas. Während meines Aufenthaltes in Europa hatte ich als Generaldirektor des Joint den unschätzbaren Vorteil, fast täglich mit einigen der besten, mit den Verhältnissen vertrauten, jüd. Köpfen zu konferieren, die die Bedürfnisse bereits vor Jahren studiert haben. Ich beziehe mich dabei auf Persönlichkeiten wie Myerson von der ICA, Adv. Sliosberg aus Petersburg, der während 25 Jahren Vorstand der jüd. Wohltätigkeits- und philanthropischen Gesellschaften in Russland war und schliesslich auf Leonty Bramson, Mitglied des Zentralen Hilfskomitees für die Kriegs- und Pogromopfer — „Ekopo" — und der Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden in Russland, der „ORT".

Aus den Konferenzen mit diesen Herren, aus Untersuchungen auf direktem und indirektem Wege, konnte ich mir ein Bild über das schreckliche Leid und Elend der Juden Osteuropas machen und bekam so wenigstens eine ungefähre Kenntnis ihrer Bedürfnisse, die sich alle in dem Wort „Wiederaufbau" kristallisieren. Ich glaube, es kann als feststehend angenommen werden, dass die Verhältnisse der Juden Osteuropas gegenwärtig im Charakter sich nicht von denen der Vorkriegszeit unterscheiden, mit der Ausnahme, dass ein schreckliches „plus" hinzugefügt werden muss. Mit anderen Worten, die Verhältnisse der Ostjuden vom ökonomischen, sanitären und kulturellen Standpunkt aus betrachtet, waren schon in der Vorkriegszeit tragisch. Die Tragödie hat sich nur ins Unermessliche gesteigert. Infolge jahrhundertelanger Bedrückung, den unüberwindlichen Schwierigkeiten zufolge der Ausnahmegesetze usw., war es den Juden dieser Länder unmöglich, ihre Verhältnisse nach modernen, fortschrittlichen Richtlinien zu bessern; sie waren gleichwohl die einzigen Juden in Wirklichkeit, die nie von ihrer Loyalität dem Judentum gegenüber abgewichen sind, — so wie sie es verstanden — und sie sind sozusagen die einzigen Juden, die den Idealismus jüd. Glaubens und Lebens aufrecht erhalten haben. Wenn man die Zähigkeit in Betracht zieht, mit welcher sie während all der Jahrhunderte der Verfolgung, Bedrückung und Pogrome an der Aufrechterhaltung der jüd. Ideale festgehalten haben und für diese eingestanden sind, so kann man ihnen Bewunderung und Ehrfurcht nicht versagen. Und was haben die Juden anderer Länder während all dieser Jahrhunderte für ihre Brüder getan? Sie haben Almosen gegeben, nur genügend, um ihr Leben zu fristen, haben aber kaum etwas unternommen, ihnen ein höheres ökonomisches und kulturelles Niveau zu ermöglichen. Die Juden anderer Länder waren ihren religiösen und jüd. Idealen gegenüber grösstenteils indifferent. Während sie selbst grossen Reichtum aufhäuften, haben sie es zugelassen, dass die Juden Osteuropas immer tiefer in allem gesunken sind, was das Leben lebenswert macht und ihr Gewissen beruhigt, indem sie für gewisse Wohltätigkeitszwecke

spendeten, und auch das nur bis zu einem limitierten Grade. Wenn Judentum und jüdisches Leben aufrecht erhalten werden sollen, so kann dies nur durch aufopferungsvolle Hingabe der reichen Juden der Welt an den Wiederaufbau der Juden der osteuropäischen Länder geschehen. Ich habe das Wort „Wiederaufbau" gebraucht, jedoch wäre das Wort „Aufbau" viel passender.

Es sollte keine Frage bilden, bis zu welchem Mass unsere Ansichten mit jenen der Juden Osteuropas übereinstimmen oder den verschiedenen Standpunkten und Praktiken, die zwischen Ost- und Westjuden existieren; wir müssen die Verhältnisse nehmen wie sie sind. Wenn wir jenen Leuten zu Hilfe kommen, müssen wir immer ihren Standpunkt in Betracht ziehen, in der Hoffnung, dass sie sich allmählich zu einem höheren Niveau erheben werden, das mehr mit unseren Ideen und unserem Leben in Einklang steht. Wir müssen die Ideen jener, denen wir zu helfen wünschen, respektieren, müssen in Verbindung mit ihnen arbeiten und uns bemühen, ihnen allmählich unseren Standpunkt beizubringen, insofern als damit eine höhere Lebensführung erreicht werden soll. Bemühungen, sie zu zwingen, sofort unseren Standpunkt zu akzeptieren, würden m. E. nicht nur misslingen, sondern unmoralisch sein. Die Leute selbst müssen entscheiden, bis zu welchem Umfang sie ihre Methoden und Auffassungen zu ändern wünschen und man sollte ihnen unsere Denk- und Lebensweise keineswegs unterschieben. Nur so können wir hoffen, sie mit modernen Begriffen und Fortschritt zu versöhnen. Jedes Wiederaufbauwerk, das unternommen wird, muss nach der Meinung eines jeden, der sich an Arbeit dieser Art beteiligt, absolut getrennt sein von Unterstützungswerk und muss, um bleibende Resultate zu erlangen, durch unabhängige Organisation geschehen. Dauernde und nicht momentane Leistungen müssen in Betracht gezogen werden. Während das gegenwärtige sog. Wiederaufbauwerk des JDC auch momentane Erleichterungen nicht ausschliessen darf, muss das Wiederaufbauwerk in seiner wirklichen Bedeutung und als permanente Tätigkeit von der durch Hilfsorganisationen geleisteten Arbeit unbeschränkt getrennt sein. Ueber diesen Punkt habe ich nur eine Meinung gehört von all jenen, die dieses Problem untersucht haben. Ich glaube, dass einige der Länder, in denen Wiederaufbau eine Notwendigkeit ist, jetzt für eine sofortige Tätigkeit reif sein mögen und es sollte keine Zeit verloren werden, in der Erwartung, konkretere und weiterreichende Pläne entwickeln zu können.

Wenn nicht die gegenwärtige Dezimierung, die infolge der ungenügenden sanitären Verhältnisse unter den Ostjuden Platz greift, eingedämmt wird, wenn nicht Mittel bereitgestellt werden, um die dort herrschenden, erschreckend verbreiteten Krankheiten zu bekämpfen, werden bald keine Juden mehr übrig bleiben. Tuberkulose, die Folge von Hunger, Kälte und allgemeiner Notlage wachsen in beunruhigendem Masse. Typhus wütet. Ruhr und Cholera drohen. Und all diesen Gefahren kann nicht begegnet werden, weil keine Aerzte, keine Krankenpflegerinnen, keine Spitäler, keine ärztlichen Hilfsmittel vorhanden sind, die der Erwähnung wert wären. Ich persönlich sah in Brest-Litowsk — um nur ein tragisches Beispiel zu geben — einen jungen Mann von 17 Jahren an Peritonitis sterben, weil nicht ein einziges chirurgisches Instrument in jener Stadt vorhanden war, mit dem der mich begleitende Arzt eine Operation hätte vornehmen können. Und dieser junge Mann war die einzige Stütze seiner Mutter, deren Mann, sowie 7 Brüder und Schwestern in einem Pogrom getötet worden waren. Dieses Beispiel könnte durch Tausende vervielfacht werden. Die Spitäler haben keine Dächer, keine Fenster, keine Betten, keine Medizin, keine medizinischen Hilfsinstrumente, keine Aerzte, keine Krankenschwestern. Glücklicherweise fasst das Joint diese schrecklichen Verhältnisse ins Auge und hofft Mittel zu deren Besserung zu finden. Der Umfang, in dem die Kindersterblichkeit als Folge des Krieges zugenommen hat, heischt keinen Kommentar. Diese und die besondere Sorge um die Kriegswaisen, sind zwei von den Problemen, die in so eindringlicher Weise dargestellt worden sind, dass es verlorene Zeit wäre, sie neuerdings ausführlich zu behandeln. Jedoch, wenn diese Probleme nicht mit Energie und Verständnis angefasst werden, wird die junge Generation der Juden weiter physisch, kulturell und moralisch sinken und die Juden der ganzen Welt werden nicht wagen, ohne Erröten zu bestätigen, dass sie Zugehörige des Judentums sind.

Viel Opposition, im Prinzip wahrscheinlich ganz berechtigte, hat sich verschiedentlich gegen die Unterstützung der so zahlreichen kleinen Händler bemerkbar gemacht und selbstverständlich sollte jede Anstrengung gemacht werden, um ihre Zahl allmählich zu reduzieren. Unter den bestehenden Verhältnissen jedoch bilden sie ein solch bedeutendes Element, dass es grausam wäre, sie zu übersehen. Jene, welche ihr ganzes Leben im Kleinhandel verbracht haben und in ihm alt geworden sind, können nicht einfach ignoriert werden, während anderseits jede Anstrengung gemacht werden sollte, um die jüngere Generation in andere Lebensberufe hinüberzuleiten. Dies kann geschehen durch Förderung von Handwerks- und Landwirtschaftsschulen, durch die Errichtung und Förderung von Industrien. Es ist im gegenwärtigen Moment ein wirklicher und ich glaube aufrichtiger Hilferuf der Juden der osteuropäischen Länder nach Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen und Siedlungen und die Förderung von Handwerksschulen und wenn diese Tätigkeiten in verständnisvoller Weise unternommen werden, so besteht m. E. kein Zweifel, dass in nicht allzu ferner Zeit viele junge Leute, die aus Notwendigkeit gezwungen wären, Kleinhändler zu werden, zum Handwerk oder zu landwirtschaftlichen Arbeiten übergehen. Von gleicher Bedeutung ist die Organisierung von Darlehenskassen und Kooperativ-Genossenschaften, um den Handwerkern bei Beschaffung von Rohmaterial, Werkzeug und Maschinen beizustehen. Während der Kriegsjahre ist alles vollständig vernichtet worden und durch die Neubeschaffung setzt man diese Leute in den Stand, eine Existenz für sich und ihre Familie zu finden, sodass sie aus der Klasse der Hilfsbedürftigen ausscheiden.

Kein Problem bietet grössere Schwierigkeiten und ist ernster als das der kulturellen Arbeit unter diesen Juden. Sie haben ihre eigenen Ansichten und ihre eigenen Ideale, die aus jahrhundertelang praktizierten Gewohnheiten resultieren, und es wäre unklug und unnütz, ihre Methoden direkt anzugreifen. Was jedoch m. E. geschehen kann, ist, diesen Leuten die Möglichkeit zu geben, ihren Methoden und Praktiken in veränderter Umgebung nachzuleben, indem man moderne Gebäude errichtet, ähnlich jenen, die sich in fast allen grösseren Städten Amerikas finden. Indem man so die Umgebung verbessert, würde der Wunsch nach aufgeklärteren und fortschrittlicheren Methoden geschaffen. Es muss diesen Leuten überlassen werden, wie sie ihre Religion zu lehren und auszuüben wünschen — es ist an uns, ihnen zu zeigen, ohne zu versuchen uns in ihren Standpunkt einzumengen, dass wir wünschen, dass sie ihre Religion in gesünderer und aufgeklärterer Umgebung ausüben. Wenn wir sie einmal davon überzeugt haben,

dass sie ihre eigenen Ideale und Religion in gesunder und ästhetischer Umgebung aufrecht erhalten können, genau so gut wie in der bedrückenden, ungesunden, abstossenden Umgebung, in der sie jetzt leben, so wird es in nicht allzu ferner Zeit auch gelingen, sie auf einen Weg mit fortschrittlicheren Idealen zu bringen, der es ihnen ermöglicht — was sie jetzt nicht hoffen können — wichtigere Faktoren im öffentlichen und sozialen Leben ihrer respektiven Länder zu werden.

Weder Uebersee-Immigration noch die Immigration nach Palästina werden viel zur Lösung des Problems beitragen. Wenn einmal eine gesunde, liberale und tolerante Regierung in Russland regieren wird, so wird nach meiner Meinung — und diese wird geteilt von allen jenen, die die Frage von innen geprüft haben — die Anhäufung der jüd. Bevölkerung, die jetzt im sog. früheren Ansiedlungs-Rayon lebt, erleichtert werden durch die Immigration nach Russland und Sibirien. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass auf diesem Wege die 4 oder 5 Millionen Juden des Ansiedlungs-Rayons von den 120 Millionen eingeborenen Einwohnern Russlands absorbiert werden können, wodurch auch die ökonomischen Lebensbedingungen der Juden bedeutend verbessert würden.

Sie müssen mich nicht für einen Schwärmer halten, der da glaubt, dass der hier von mir vergegenwärtigte Wiederaufbau in einem Jahr oder einigen Jahren verwirklicht werden kann. Es ist eine Aufgabe, die viele Jahre intensiven Schaffens und fortdauernder ununterbrochener Opfer an grossen Mitteln verlangt. Eine Einwirkung auf die bestehenden Verhältnisse kann jedoch sofort ausgeübt werden und der Schrecken des gegenwärtigen Moments kann mit Vorbehalt, Klugheit, Entschlossenheit und Opfern bedeutend vermindert werden. Meine Meinung ist, dass, wenn das hier in kurzen Zügen skizzierte Werk organisiert und mit genügenden Mitteln von der Judenheit Amerikas unterstützt wird, so wird es nicht schwierig sein, dafür auch die Mitarbeit und finanzielle Unterstützung der Juden Europas und somit der ganzen Welt zu erlangen. Entschuldigen Sie bitte zum Schluss noch, wenn ich Ihren so kostbaren Raum allzusehr in Anspruch genommen habe; aber wenn ich auf dieses, all mein Sinnen und Trachten in Anspruch nehmende Thema komme, ist es für mich leichter, den Anfang als das Ende zu finden. Und wieviel liesse sich darüber noch sagen!

Weizmanns Beratung mit Lloyd George, Balfour, Churchill und Hankey.

Laut offizieller Mitteilung der Zion. Org. beteiligte sich Dr. Weizmann am 22. Juli an einer wichtigen Beratung bez. Palästinas, an der teilnahmen: Lloyd George, Balfour, Churchill und Sir Morris Hankey. Dr. Weizmann legte ausführlich den zion. Standpunkt bez. der jetzigen Lage in Palästina dar und schlug gewisse Aenderungen vor, die nötig sind, um die Balfour-Deklaration zu verwirklichen. Die von Weizmann unterbreiteten Vorschläge unterliegen jetzt dem Ministerkabinett zur Beratung.

Laut „Jewish Times" war an dieser Konferenz auch der südafrikanische Ministerpräsident und bekannte Zionistenfreund, General Smuts, anwesend. Weizmann brachte die vom Grossen A. C. in Prag beschlossenen Forderungen vor, darunter u. a. bez. offizieller Verlautbarung des Palästinamandates und Hinwirkung Englands, dass der Völkerbund das Mandat ehestens bestätige; Schaffung einer jüd. Legion unter britischer Fahne; konkretere Bestimmung der Aufgaben der Jewish Agency in Verbindung mit dem Mandat.

Gemeinsame Interessen des Vatikans und Frankreichs an den Heiligen Stätten.

Der „Matin" vom 3. August veröffentlicht ein Interview mit dem soeben in Paris eingetroffenen päpstlichen Nuntius Ceretti, worin dieser u. a. auf die gemeinsamen Interessen Frankreichs und des Vatikans im Orient und an den Heiligen Stätten hinweist.

Die Folgen der amerik. Immigrationssperre.

Interview der „J.P.Z." mit Jacob Fishman New York.

Mr. Jacob Fishman, der Herausgeber des „Jüdischen Morgenjournals" in New York, befindet sich gegenwärtig auf einer Europareise, wo er neben den Angelegenheiten seiner Zeitung insbesondere im Auftrag der „Hias" die jüd. Emigrationsfrage studiert. Fishman, der bereits die holländischen und belgischen Häfen besucht hat, gab in Berlin dem R.-Korrespondenten der „J.P.Z." von den Zuständen folgende Schilderung:

„Die Lage der Emigranten ist durch die neuen amerikanischen Einwanderungsbestimmungen sehr schwierig geworden. Ich habe den Eindruck, dass die amerikanischen Behörden gewisse Instruktionen haben, der Auswanderung der Juden Schwierigkeiten zu machen. An manchen Stellen sagt man offen, man könne die Juden nicht brauchen, weil sie die Städte überfüllen; Amerika könne gegenwärtig nur Landwirte aufnehmen. Manche äussern sich unverhohlen antisemitisch. Der Arzt z. B., der in Antwerpen die Emigranten zu untersuchen hat, soll bereits mehrfach antisemitische Bemerkungen gemacht haben. Als ich ihn besuchte, äusserte er sich allerdings sehr loyal und erklärte, dass er nur „gegen die Läuse und das Ungeziefer aus dem Osten" zu kämpfen hat. Bei den Untersuchungen spielen sich oft herzerschütternde Szenen ab. Ich sah zwei Kinder von 8—10 Jahren, die allein reisen, weil ihre Eltern beim Pogrom umgekommen sind. Die Lage der Emigranten ist besonders traurig, wenn sie tagelang warten müssen und keine Antwort von ihren amerikanischen Verwandten bekommen, so dass sie ihr Geld aufzehren und neuerliche Geldsendungen abwarten müssen. Der grösste Sammelpunkt wartender Emigranten ist Antwerpen, weil dort alle Einwanderer hereingelassen werden, auch solche, die gar nicht nach Amerika kommen können und auch keine Visa besitzen. Holland hingegen lässt nur die mit allen notwendigen Reisedokumenten und Geld versehenen Emigranten herein, daher sind die Verhältnisse in Rotterdam besser. Das amerikanische Konsulat in Antwerpen hat den ukrainischen Flüchtlingen, denen in Rumänien rumänische Pässe ausgestellt und vom amerikanischen Vertreter visiert worden sind, die Einreisebewilligung annulliert, weil es rumänische Pässe für ukrainische Staatsbürger nicht anerkennen könne. Diese Leute sind jetzt in prekärer Situation, denn es ist selbstverständlich, dass die Ukraine ihnen keinen Pass ausstellen kann. Ich bin leider gezwungen, dieses Vorgehen als höchst barbarisch und unamerikanisch zu bezeichnen. Zu erwähnen ist noch, dass es sich gerade bei diesen Flüchtlingen um das beste Menschenmaterial handelt, denn nur starke jungen Leute konnten sich aus der ukrainischen Pogromhölle retten. Ich glaube, dass diese Frage nur durch den politischen Einfluss des amerikanischen Juden gelöst werden kann. Es ist unmöglich, Menschen aus technischen Gründen auszuschliessen, wenn nicht eine antisemitische Tendenz dabei ist. Darum müssen die amerikanischen Juden eine öffentliche Protestaktion einleiten. In Rotterdam sind nicht so viel Emigranten angesammelt. Auch ist dort die Fürsorge der Schiffsgesellschaften eine weit bessere. Vor einiger Zeit sind ein paar Damen aus New

York von der jüd. Frauenorganisation dort eingetr ffen, die vor allem die zahlreichen Kinder beaufsichtigen. Die Kinder werden in engl. Sprache und überhaupt in „Amerikanismus" unterrichtet, und als ich dort war, sangen sie die amerikanische Nationalhymne wie richtige Amerikaner.

Ein grosses Uebel ist, dass die jüdischen Hilfsgesellschaften noch nicht hinreichend organisiert sind. Im wesentlichen kommen nur die zwei grossen Gesellschaften, „Hias" und „Ica" in Betracht, denn sie haben die Mittel. Aber leider können die beiden sich schwer verständigen, denn „Hias" ist eine demokratische Volksorganisation und dem Volke verantwortlich, während die „Ica" nach dem Notabelnsystem organisiert, es vorzieht, nach philanthropischer Methode zu arbeiten. Man muss aber auch zugeben, dass eine allgemeine Emigrationspolitik auf grosse Schwierigkeiten stösst, weil die Lage sehr unklar ist und man nie weiss, was der nächste Tag bringen wird. Man sucht andere Länder. Kanada ist besonders streng und verlangt nur Farmer, die kanadische Regierung hat in den Monaten März und April 2000 jüd. Emigranten unter den nichtigsten Vorwänden zurückgeschickt. Man dachte an Mexiko und Brasilien, aber dort ist kein Raum für grössere Judenmassen, man lässt sie nicht in die Städte, sondern die Regierungen wollen sie zu Arbeiten in den Sümpfen verwenden, und dazu taugen die Juden nicht. Argentinien stellt ähnliche Bedingungen, will keine Städter und vor allem keine Kommunisten."

Weltkonferenz-Gesellschaft zur Förderung von Landwirtschaft und Handwerk unter den Juden.

Der Berliner R.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Am 31. Juli wurde in Berlin die erste, von Vertretern verschiedener Länder beschickte Welt-Konferenz der Gesellschaft zur Förderung von Landwirtschaft und Handwerk unter den Juden, „ORT", eröffnet. Anwesend sind 28 Delegierte, darunter einige hervorragende Träger der sozialen und ökonomischen Arbeit in Russland, so u. a. Jefroikin (z. Zt. Paris), Dr. Schabad (Wilna), Boris Kahan-Wirgil (Wilna), Dr. Kruk (Warschau), Agr. Jaschunski (Grodno), Dr. Silberfarb (Kiew), Zegelnitzky (Moskau), der bekannte ökonomische Schriftsteller Jakob Leszczynski, Bramson, Ing. Temkin usw. Vertreten sind folgende Städte: Bialystok, Grodno, Kowno, Wilna, Brest, Pinsk, Warschau, Petrikau, Kischinew, Kiew, Moskau, Paris, London und Berlin. Namens der Auslandsdelegation begrüsst Bramson die Versammlung, insbesondere die Delegierten aus Soviet-Russland und Ukraine, die trotz der grossen Reiseschwierigkeiten zur Konferenz gekommen sind. Als Hauptaufgabe der Konferenz bezeichnet er die Schaffung einer Zentralorganisation der „ORT", die bisher nur dezentralistisch in lokalen Komitees arbeitet. Nach Wahl des Präsidiums — Dr. Schabad, Präsident, Dr. Silberfarb, Temkin, Prof. Frankfurt und die Mitglieder der Auslandsdelegation Bramson und Lwowitsch — erstattet Bramson den Bericht der Auslandsdelegation und sodann die Delegierten die Berichte der einzelnen Lokalkomitees. Uebereinstimmend wird festgestellt, dass die wichtigste Aenderung in der phsychologischen und ökonomischen Haltung der jüd. Bevölkerung zur Landwirtschaft eingetreten ist. Ueberall streben die Juden in hohem Prozentsatz der Landwirtschaft zu, nicht nur in Soviet-Russland, sondern insbesondere im Bialystok-Grodnoer-Rayon und in Mittel-Litauen, wo die Juden durch die von der deutschen Armeeleitung eingeführte Zwangsarbeit gewisse landwirtschaftliche Kenntnisse erlangt haben.

— Die Konferenz behandelte sodann laut einem bei der „J.P.Z." eingelaufenen Telegramm ausführlich die Fragen der Reparation der Landwirtschaft, des Handwerks und der professionellen Erziehung der Juden, die alle ausführlich und sachlich diskutiert wurden. Am Mittwoch erstattete Bramson das Organisationsreferat. Die Resolutionen wurden an Kommissionen zur Ausarbeitung überwiesen. Die Konferenz, die Donnerstag ihr Ende finden soll, sprach der Auslandsdelegation ihren Dank aus. Am Montag fand ein Massenmeeting statt, auf dem viele Konferenzteilnehmer sprachen.

Internationale Emigrationskonferenz in Genf.

Im Auftrage des engl. „Joint Foreign Committee" hat sich der Generalsekretär dieses Komitees, Lucien Wolf, nach Genf begeben, um gelegentlich der II. Internationalen Emigrationskonferenz des Völkerbundes in Angelegenheit der jüd. Auswanderer zu intervenieren. (Siehe „J.P.Z." Nr. 147.) Es handelt sich dabei hauptsächlich um Schaffung von Erleichterungen für die jüd. Emigranten und Oeffnung der Tore der britischen Dominions und der Vereinigten Staaten für die Familien der in diesen Ländern bereits naturalisierten Juden. Lucien Wolf hat umfangreiches Material über die Judenpogrome in der Ukraine mitgenommen.

Chronik.

Russland.

— Laut Meldung einer Warschauer privaten Telegraphen-Agentur berichten aus Minsk angekommene Personen, dass am 20. und 21. Juni in Witebsk bei einem Judenpogrom 50 Juden getötet und gegen 200 verwundet wurden.

— Laut der Warschauer Telegraphen-Agentur „East Express" sind in Soviet-Russland im Kreise Astrachan antijüdische Exzesse ausgebrochen, über die Einzelheiten noch ausstehen.

— Die in Soviet-Russland ausgebrochene Hungerkatastrophe bewirkt eine ungeheure Stärkung des Antisemitismus, speziell in den Gouv. Saratow und Samara. In Simbirsk wurden Pogromversuche gemacht, die rechtzeitig unterdrückt werden konnten.

— Die russische Handelsdelegation in London veröffentlicht ein von der Soviet-Regierung in Moskau erhaltenes Radiotelegramm, wonach alle Gerüchte über infolge der Hungerkatastrophe in Soviet-Russland ausgebrochene Judenpogrome auf Unwahrheit beruhen. Pogrome in diesen Kreisen seien schon deshalb unmöglich, weil in den vom Hunger betroffenen Gebieten überhaupt keine Juden wohnen.

— Laut der Moskauer „Prawda" konnte der jüd. Selbstschutz, der aus 250 organisierten jüd. Arbeitern besteht, dank seiner energischen Tätigkeit in manchen Bezirken Weissrusslands den dort grassierenden Banditenbanden mit Erofig entgegenwirken.

— Aus Moskau wird berichtet, dass das jüd. Kommissariat bei der Sovietregierung beschlossen habe, einen Kampf gegen das „Jiddische" aufzunehmen, mit der Motivierung, dass Russisch die geeignete Sprache für die jüd. Massen in Russland sei.

— Laut einer in Riga eingetroffenen Nachricht aus Moskau, wurde auf der allrussischen Konferenz des jüd. gesellschaftlichen Komitees beschlossen, eine spezielle Hilfskommission mit 6 Waggonladungen mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Medikamenten an die rumänische Grenze zu entsenden, um die Not der dort befindlichen jüd. Flüchtlinge zu lindern. Das genannte Komitee hat zu diesem Zweck 10 Millionen Rubel assigniert.

Finnland.

— Die Moskauer „Prawda" berichtet über eine Reihe von Ueberfällen, die von finnländischen Soldaten gegen Juden veranstaltet wurden. (J.C.B.)

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Wie aus Wilna berichtet wird, haben mehrere jüd. Führer, u. a. Dr. Wygodski, Rabb. Rubinstein und Kruck eine Einladung zu einer wichtigen politischen Beratung bei General Zeligowski, erhalten.

— Wie die Wilnaer „Orient Agentur“ berichtet, wurde auf der letzten Stadtratssitzung beschlossen, der jüd. Gemeinde, resp. dem jüd. dramatischen Theater den städtischen Saal für 3 Abende in der Woche zu vermieten. Ausserdem wurden an dieser Sitzung Subsidien für jüd. Institutionen bewilligt.

— Lt. Mitteilung des Wilnaer Bildungsdepartements bez. des jüd. Schulwesens in Mittel-Litauen, sind die jüd. Schulen in zwei leitenden Organisationen konzentriert, der sog. Bildungszentrale u. im Schulkomitee. Diese Organisationen erhalten in Wilna 24 Elementar-Schulen mit 4642 Kindern, 8 Abendschulen mit 580 und 9 Kindergärten mit 650 Kindern. Andere Gesellschaften besitzen noch 3 höhere Schulen mit 835, 11 Gymnasien mit 1975 und zwei Fachschulen mit 410 Schülern. Ausserhalb Wilnas gibt es noch 72 Elementar-Schulen mit 6172 Kindern.

Polen.

— Anlässlich der Budgetberatung hat auf der Reichstagssitzung am 1. Aug. der Abg. Thon namens der nationaljüdischen Abgeordneten der Regierung Witos das Misstrauen ausgedrückt, weil sie die Lösung der Judenfrage als Exportartikel betrachte, während tatsächlich im Inneren das System der Schikanen und Verfolgungen fortgesetzt werde. Die Regierung habe sich in ihren Verhandlungen mit den jüd. Parteien unaufrichtig gezeigt und nur für das Ausland ein beruhigendes Communiqué herausgegeben, von dem hauptsächlich der polnische Gesandte in Amerika, Lubomirski, Gebrauch gemacht hat.

— Anlässlich des grossen Brandes in Grodno vom 22. Juli wusste die Grodnoer Zeitung „Echo Grodzienskie“ zu melden, dass während des Brandes zahlreiche Detonationen gehört wurden, was beweise, dass sich dort ein Geheimlager von Gewehren, Bomben etc. befunden habe. Es sollte dies ein Beweis mehr sein, für die antistaatliche, revolutionäre Gesinnung der Juden. Diese, durch nichts bewiesene Behauptung, wurde von den Telegraphenagenturen auch im Ausland verbreitet und hat selbst in Schweizer Zeitungen, wir erwähnen als Beispiel nur die „Neue Zürcher Zeitung“ und die „Basler Nachrichten“ Eingang gefunden. Da an dieser ganzen Nachricht kein wahres Wort ist, hat die Grodnoer jüd. Gemeinde gegen erwähnte Zeitung als ersten Verbreiter dieser falschen Tendenzmeldung einen Verleumdungsprozess angestrengt.

— Auf Grund einer Regierungsverordnung werden alle nicht zur polnischen Nationalität gehörenden Ankömmlinge aus Russland, die nach dem 12. Okt. 1920 in Polen eingetroffen sind, zur Registrierung angehalten, damit ihnen neue Aufenthaltsorte zugewiesen werden. Eine Reihe von Gebieten, vor allem Grenzgebiete, werden für diese Flüchtlinge gesperrt, die dadurch in eine missliche Lage kommen, da sie nunmehr gezwungen sind, weitab von ihren früheren Wohnsitzen Aufenthalt zu nehmen.

Eine jüd. Deputation hat in dieser Angelegenheit beim Innenminister Raczkiewicz interveniert und auf die praktische Unmöglichkeit der Durchführung erwähnter Verordnung hingewiesen. Die Durchführung der Evakuierung werde für Tausende katastrophal sein. Sie wies auch darauf hin, dass manche Bezirkshauptleute bereits mit der Durchführung der Verordnung begonnen hätten, was mit der Verordnung im Widerspruch stehe, die einen gewissen Termin vorsehe. Der Innenminister versprach, die Frage im Ministerrat zur Sprache zu bringen, wie auch mit den Direktoren der betreffenden Departements zu verhandeln.

— Der Reichstagsklub beim provisorischen Jüd. Nationalrat hat aus einer Reihe von Städten Beschwerden erhalten, dass die lokalen Behörden, entgegen der ausdrücklichen im Amtsblatte veröffentlichten Erklärung auch weiterhin die jüd. Gemeinden zwingen, die doppelte Spitalsteuer zu entrichten. (Es ist dies eines der Ueberbleibsel der alten russischen Gesetzgebung.) Auf Grund einer diesbez. Intervention wurde erklärt, dass der betreffende Abteilungschef beim Innenministerium die Kundmachung im Amtsblatte ignoriere, weil er derzeit ein neues Projekt in dieser Frage ausarbeite. Die jüd. Abgeordneten wandten sich deshalb an den Ministerrat mit der Forderung, die einzelnen Ministerien zu instruieren, dass sie den im Amtsblatte veröffentlichten Erklärungen des Ministerpräsidiums nachzukommen haben.

— Die von den „Slasaki“ (s. „J.P.Z.“ Nr. 153) veranstalteten Judenexzesse nehmen noch immer überhand. So kam es kürzlich ausser in kleineren Orten auch in Lodz und Petrikau zu Ueberfällen auf Juden.

— Laut „Nasz Kurjer“ hat Dr. Nossig, der übrigens von den meisten jüd. Parteien als Vermittler abgelehnt wird, betreffs der polnisch-jüd. Verständigung und der diesbez. demnächst zu unternehmenden Schritte mit Innenminister Razckiewicz, Aussenminister Skirmunt, Justizminister Sobolewski und Arbeitsminister Darowski konferiert.

— An der am 31. Juli in Lodz eröffneten Jahreskonferenz der polnischen Zionisten, waren 400 Delegierte aus allen Teilen Gross-Polens und über 1000 Gäste anwesend. Der Vorsitzende der Exekutive, Dr. Klummel, gab in seiner hebräischen Eröffnungsrede einen Ueberblick über die Tätigkeit der Organisation im verflossenen Jahr. In einem Begrüssungstelegramm gab Dr. Weizmann seinem Glauben Ausdruck, dass die Verwirklichung der Balfour-Deklaration ganz sicher ist.

— Am 25. Juli wurde in Warschau im Lokale der „Hias“ eine Konferenz der Delegierten der nach Polen gelangten jüd. Flüchtlinge und Emigranten eröffnet. Ausser Delegierten aus ganz Polen, sind auch die in Bessarabien und der Bukowina weilenden Flüchtlinge vertreten. Es wurde beschlossen, für alle Angelegenheiten im Flüchtlingswesen und Emigration mit Sitz in Warschau ein zentrales Exekutivkomitee zu bilden.

— Für die am 30. Sept. stattfindende Volkszählung hat das statistische Komitee bereits die notwendigen Formulare fertiggestellt. Der Hauptfragebogen enthält u. a. auch Rubriken für 1.) Religion, 2.) Muttersprache und 3.) Nationalität. Es wird hier somit den Juden in Polen zum erstenmal Gelegenheit gegeben, sich zur jüd. Nationalität zu bekennen.

— In Cholm ist das jüd. Viertel abgebrannt.

Rumänien.

— Vor einigen Tagen ist ein Vertreter des Völkerbundes, Dickinson, in offizieller Mission in Bukarest eingetroffen, um dem Völkerbund über die Behandlung der nationalen Minoritäten in Rumänien, Jugoslavien und der Tschecho-Slovakei Bericht zu erstatten. In einem in „Adeverul“ erschienenen Interview erklärt Dickinson, er werde mit Vertretern aller nationalen Minderheiten in unmittelbare Fühlung treten, um sich über die Lage orientieren zu lassen.

— Dr. Krimski, einer der Gründer des Verbandes der ukrainischen Juden in Amerika weilt derzeit in Bessarabien, um die Lage der ukrainischen Flüchtlinge an Ort und Stelle zu studieren.

Siebenbürgen.

— Aus Anlass einer geplanten Versammlung, die die Zionisten in Dés abhalten wollten, hat der dortige orth. Oberrabbiner, Jecheskel Paneth, zur Abwehr eine Rabbinerversammlung einberufen, worauf am 22. und 23. Juni eine von 12 führenden orthodoxen Rabbinern Siebenbürgens und Oberungarns unterschriebene, sehr scharf gehaltene Protestresolution erlassen wurde, die die Ueberschrift „Azhoro“ (Warnung) trägt, worin jeder orthodoxe Jude dringend gewarnt wird, sich der Zion. Org. anzuschliessen, ja selbst zion. Versammlungen beizuwohnen.

Ungarn.

— Laut „Pester Lloyd“ ist in der Märtyrerstatistik zur Zeit des ungarischen Kommunismus die dortige Judenheit mit 14,5 Prozent vertreten, obgleich die

jüd. Bevölkerung im Allgemeinen nur 5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Auch daraus lässt sich schliessen, wer unter der Bolschewistenherrschaft in Ungarn am meisten gelitten hat.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Die Misrachi-Weltkonferenz, die für den 28. August nach Karlsbad einberufen war, ist auf den 29. August verschoben worden.

— Die Misrachi Org. soll beabsichtigen, auf dem Zionistenkongress zu verlangen, dass der neuen Exekutive auch Misrachivertreter angehören. Wie es heisst, ist Rabbi Meir Berlin als Misrachivertreter ausersehen. Ausserdem soll verlangt werden, dass Prof. Pick zum Mitglied der Zionist Commission (Waad Hazirim) ernannt werde.

— Am 19. Juli fand in Munkacs unter Vorsitz von Bernhard Hartstein eine Landeskonferenz von etwa 30 Delegierten der karpathorussischen Distriktskomitees des J. D. C. statt, die sich mit der bisherigen Tätigkeit des Joint, sowie auch mit der Einleitung einer eventl. sanitären und wirtschaftlichen Wiederaufbauaktion befasste. An den Beratungen beteiligten sich auch die Regionaldirektoren Wechsler (Wien) und Zucker (Warschau), die die bei der Konferenz vorgebrachten Wünsche bei den massgebenden Jointfaktoren durchzusetzen versprachen.

— Die Delegierten der Isr. Kultusgemeinden der Komitate Nográd, Solt und Hont haben in ihrer in Bad Szliacs abgehaltenen Konferenz beschlossen, dass in einer womöglich noch im Herbste dieses Jahres einzuberufenden Landesversammlung ein Verband der nichtorthodoxen Isr. Kultusgemeinden geschaffen werde und zwar auf rein konfessioneller Basis unter Ausschluss sämtlicher politischer und nationaler Fragen. Dr. Franz Oppenheimer und Dr. Adalbert Vajda wurden damit betraut, sich mit den leitenden Kreisen der slovakischen Judenheit in Verbindung zu setzen, zwecks ehester Einberufung erwähnter Landesversammlung.

— Auf dem in Prag vom 31. Juli bis 6. August stattfindenden XIII. Internationalen Esperanto-Kongress werden u. a. zum ersten Male auch offizielle Vertreter der jüd. Nation teilnehmen. Die jüd. Esperantofreunde beabsichtigen die Bildung einer internationalen Organisation der Esperantofreunde jüd. Nationalität, um auch auf künftigen Kongressen solidarisch auftreten zu können, die Esperantisten über die Judenfrage zu informieren und unter den jüdischnationalen Kreisen das Esperanto zu propagieren. Während des Esperantokongresses findet am 2. August in Prag eine Konferenz der jüd. Esperantofreunde statt.

Deutschland.

— R. - Aus der soeben vom Deutschen Ausschuss für Kriegsstatistik herausgegebenen Broschüre „Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914 bis 1918“ von Dr. Jakob Segall geht hervor, dass von 84,352 gezählten jüd. Soldaten 9216 als gefallen und 873 als vermisst ermittelt wurden, was eine Verlustziffer von 12 Prozent ergibt.

Berlin - R - Bei der im Juli in Erlangen abgehaltenen Tagung der Deutschen Studentenschaft, bei der Vertreter von 140 000 Studenten anwesend waren, stellten die österreichischen Studentenausschüsse, die nach dem arischen Rassenstandpunkt zusammengesetzt sind, den Antrag, dass die Organisation der Studentenausschüsse allgemein so gestaltet werde. Die meisten reichsdeutschen Delegierten vertraten jedoch den Standpunkt der Zusammensetzung nach dem Staatsbürgerprinzip, ohne Berücksichtigung der Rassenzugehörigkeit. Der österreichische Antrag wurde abgelehnt, worauf die österreichischen Delegierten mit ihrem deutschvölkischen Anhang vorübergehend den Saal verliessen. Gegen diesen Erlanger Beschluss wird jetzt von deutschvölkischer Seite eine lebhafte Agitation geführt. Die Berliner Studentenvertretung hat einen Antrag, der gegen die Regelung der Zusammensetzung der Studentenausschüsse nach dem Staatsbürgerprinzip Protest erhebt, mit 57 gegen 27 Stimmen angenommen und die Durchsetzung des Rassenstandpunktes gefordert.

— Rabbiner Weinberg aus Pilwischki, der in den letzten Jahren seine Studien in Deutschland absolvierte, übernahm an der Universität Giessen für das kommende Semester Vorlesungen über Bibelkritik, Einführung in die Mischna und Kommentar zum talmudischen Traktat „Baba Kama“. Im Wintersemester wird er auch über talmudische Logik im Vergleich zur allgemeinen Logik lesen.

Italien.

Triest, 28. Juli. R. - Der Triester Hafen bildet den natürlichen Umschlagplatz für Palästina und es konzentriert sich hier auch hauptsächlich der jüd. Auswandererstrom aus Russland, Polen, Galizien etc. Die geschäftliche Verbindung der morgenländischen Kolonien mit ihren ursprünglichen Heimatsländern wird naturgemäss immer über Triest gehen. Dadurch fällt den Triester Messen auch eine besonders wichtige Stellung zu. Der in Palästina ansässige Kaufmann, der Handelsbeziehungen mit Europa, insbesondere Italien und Zentraleuropa, anstrebt, findet auf der Triester Messe günstige Gelegenheit, um sich in kürzester Zeit und mit geringsten Kosten eine Uebersicht zu schaffen über alle Erzeugnisse, die der europäische Markt ihm bietet, anderseits die Produkte aus Palästina einer internationalen Geschäftswelt bekannt zu machen, sowie überhaupt wichtige und nützliche Verbindungen anzuknüpfen. Als Beispiel sei erwähnt, dass auf der Triester Messe die neuesten Konstruktionen, Zubehörteile, Einrichtungen usw. für Notstandsbauten, die für die italienischen kriegsbeschädigten Provinzen von besonderem Interesse sind und die auch für die palästinensischen neuen Ansiedlungen von Wichtigkeit sein dürften, ausgestellt werden. Während der vom 11.—25. Sept. stattfindenden Messe wird von der sehr leistungsfähigen italienischen Baumaterialien-Industrie und den Rohstoffhändlern des In- und Auslandes das Beste und Preiswerteste ausgestellt werden. Es wäre zu hoffen, dass die jüd. Kolonisten Palästinas dieser Messe sich bedienen werden, um ihre vorzüglichen Weine, Orangen und Ethrogim in Europa bekannt zu machen. Zweifelsohne könnten die palästinensischen Landeserzeugnisse, wenn nur zweckmässig und zielbewusst in dieser Richtung gearbeitet wird, einen guten Absatzmarkt auf dem Kontinent finden.

Triest. - R. - Am 29. Juni sind mit dem Eildampfer „Dalmacia“ 100 Palästinareisende abgefahren. Am 5. August soll die „Carniolia“ endlich direkt nach Jaffa abgehen und soll bis 500 Passagiere mitnehmen, aber aus Mangel an jüd. Reisenden wird sie vielleicht unbesetzt abfahren müssen. Zahlreiche Chaluzim, die mit der „Carniolia“ abreisen sollten, haben sich inzwischen bereits nach Palästina begeben, während andere zurückgewiesen wurden und deshalb nach Polen zurückkehren mussten. In Wien befinden sich derzeit noch gegen 150 Palästinafahrer, die sich von hier mit verschiedenen Dampfern einschiffen werden. Die „Carniolia“ wird von Jaffa nach Trebizonde gehen, da man hier in Triest für das Schiff keine Verwendung findet.

Frankreich.

— Die arabische Europadelegation, bestehend aus 4 Mohammedanern und 2 Christen ist unter Führung von Musa Kasim Pascha bereits in Paris eingetroffen. Die Delegation hat beim Passieren Roms Pressevertretern erklärt, dass sie von dem Protest des Papstes gegen den Zionismus überaus befriedigt sei.

Paris - G - Das Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz hat den Redakteur des „Peuple Juif“, N. Hermann, nach Bordeaux delegiert, um dort die Bedingungen zu studieren, unter welchen sich die jüd. Emigranten nach Argentinien und Brasilien einschiffen Hermann begleitete einen Transport von 66 Emigranten, hauptsächlich Ukrainer, die sich aus Warschau nach Argentinien begeben. Da die jüd. Emigration nach Argentinien zum grössten Teile über Bordeaux gehen wird, hat Hermann auf Grund der Instruktion des Exekutivkomitees dort ein Hilfskomitee für jüd. Emigranten gebildet.

England.

— Auf eine Anfrage des Abg. Joynson-Hicks, ob die „Zionisierung“ Palästinas im Einklange stehe mit der Proklamation Allenbys vom Jahre 1918, erwiderte der Vertreter des Kolonialministers, Wood, dass Allenby, mit Rücksicht darauf, dass die Balfour-Deklaration bereits 1917 erlassen wurde, seine Proklamation nur im Sinne dieser Deklaration erlassen und also keine Schmälerung der Balfour-Deklaration beabsichtigen konnte. Die einheimische Bevölkerung Palästinas werde zur Selbstverwaltung nur in einem

solchen Grade herangezogen werden, als dies mit der durch die Balfour-Deklaration festgelegten Politik bez. eines jüd. Nationalheims vereinbar ist.

Bulgarien.

— Auf Grund eines vom bulgarischen Parlament angenommenen Schulgesetzes, hat die Regierung auch die Kosten der Schulen aller Minderheiten zu tragen. Die bulgarische Regierung hat nun alle Kosten, die mit dem Erhalt der jüd. Schulen in Bulgarien verbunden sind, übernommen, während die Verwaltung dieser Schulen auch weiterhin bei den gewählten jüd. Schulräten verbleibt.

Amerika.

Louis Marshall und die polnische Regierung.

Louis Marshall hat soeben einen Brief veröffentlicht, worin er dementiert, in Verbindung mit Rabbi Stephen Wise und Henry Morgenthau einen Brief an den poln. Gesandten in Amerika gerichtet zu haben, in welchem er der polnischen Regierung seinen Dank für Gewährung der religiösen Rechte an die Minoritäten ausgesprochen haben soll. Die Nachricht war im „Forward" als Kabel des Berliner Korrespondenten dieser Zeitung erschienen, in dem gesagt wurde, dass der fragl. Brief durch Vermittlung des polnischen Gesandten in Amerika nach Warschau gerichtet wurde.

Marshall erklärt im New Yorker „Tog": Es ist nicht wahr, dass ich jemals meine Unterschrift zu einem derartigen Brief gab oder autorisierte. Meine einzige Verbindung mit dem polnischen Gesandten war: a) Uebermittlung des Berenson Briefes, der zur Gänze in dem letzten Jahresbericht des American Jewish Committee abgedruckt ist. b) Die Adresse, die im Waldorf Astoria überreicht wurde, die ebenfalls im erwähnten Bericht enthalten ist. c) Eine Diskussion mit dem polnischen Oberkommissär und den Vertretern des Gesandten auf der New York Bar Association, um Mittel und Wege zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse etc. ausfindig zu machen. d) Mein Brief, der am Paderewski-Bankett verlesen wurde. Ich habe in Verbindung mit Mr. Morgenthau keinerlei Mitteilung unterzeichnet und das einzige Mal, wo ich in Verbindung mit Dr. Wise gehandelt habe, war auf der Waldorf Astoria Konferenz. (J.C.B.)

— Infolge der neuen Immigrationsbill ereignen sich häufige Fälle, dass viele, bereits lange Jahre in Amerika ansässige, angesehene Personen, die zeitweilig abwesend waren, bei ihrer Rückkehr nicht ins Land gelassen werden, da sie fremde Staatsbürger sind. Kaufleute, die in Amerika etabliert sind und sich auf Geschäftsreisen in Europa befanden, wurden in Ellis Island zurückgehalten, wo sie eine Entscheidung von Washington abwarten müssen. Die amerikanische Presse wendet sich scharf gegen die Anwendung der neuen Immigrationsbill und hebt hervor, dass sie Korruption der Beamten des Einwanderungsamtes zur Folge habe. Zahlreiche Fälle dieser Art wurden bereits aufgedeckt, weshalb der Vorstand der juristischen Abteilung und viele andere Beamte ihrer Stellung enthoben und mehrere der kompromittierten Beamten auch verhaftet wurden.

Mexiko.

— Der Vorsitzende der Rechtskommission der „Hias", Sanders, hat mit der mexikanischen Regierung Verhandlungen bez. der jüd. Einwanderung nach Mexiko angeknüpft, die fortgesetzt werden sollen. Der mexikanische Gesandte in Washington erklärte, er glaube, seine Regierung werde zufrieden sein, wenn jüd. Immigranten, die sich ständig im Lande ansässig machen wollen, nach Mexiko kommen. Solche Immigranten würde Mexiko nicht nur gern sehen, sondern auch in der ersten Zeit unterstützen.

Kanada.

— Die jüd. philanthropische Gesellschaft in Toronto hat ihre Sammlung von 100.000 Dollar für ein jüd. Waisenhaus in Toronto erfolgreich durchgeführt.

Argentinien.

— Laut einem beim Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz eingelangten Bericht, hat das zentrale jüd. Komitee für Volkshilfe in Buenos Aires von Januar 1920 bis 30. April 1921 für Hilfszwecke gegen 270,000 Pesos gesammelt. Ausserdem wurde im ganzen Lande eine Kleidersammlung organisiert, die gute Resultate zeitigte. Ein grosser Kleider- und Wäschetransport wurde nach der sovietistischen Ukraine gesandt. Ausser Argentinien umfasst die Tätigkeit des Komitees auch die südamerikanischen Republiken, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Chile. Von den gesamten Geldern hat das Komitee dem Exekutivkomitee der jüd. Welthilfskonferenz in Paris 73,000 Pesos übersandt, davon 30,000 für die ukrainischen Flüchtlinge, 33,000 für den Transport von 100 Waisenkindern nach Argentinien und 10,000 für Medikamente. Das Komitee in Buenos Aires entwickelt eine fruchtbare Tätigkeit sowohl auf dem Gebiete der allgemeinen Hilfe als auch der Hilfe für Immigranten, die nach Argentinien kommen.

Mesopotamien.

— Die Zahl der Einwohner Mesopotamiens erreicht lt. „Doar Hajom" heute ungefähr 2 700 000, davon 1 500 000 Schiiten, 1 000 000 Suniten, 86 000 Juden und 7800 Christen.

Erez Israel — Palästina.

— Auf Grund der Erklärungen Briands bei seiner Beratung mit Lord Curzon gegen die Gründung eines arabischen Königreiches und die Bestrebungen Englands, die arabischen Aspirationen zu befriedigen, sandte die muselmanisch-christliche Vereinigung in Jerusalem an Lloyd George folgendes Telegramm: Die muselmanisch-christliche Vereinigung und der arabische Klub in Jerusalem, die namens aller Araber in Jerusalem sprechen, haben von der Gegnerschaft Briands, ein arabisches Königreich zu gründen, Kenntnis genommen, und protestieren dagegen, dass den Arabern gegenüber eingegangene Verpflichtungen verletzt werden. Sie hoffen, dass dies nicht die einmütige englische Meinung in dieser Frage beeinflussen werde, die das Gute und Böse nicht zu vergessen pflegt. Eine Abschrift dieses Telegramms wurde der „Morning Post", den Repräsentanten der Ententestaaten und Amerikas, dem Völkerbund, den grösseren arabischen Zeitungen in Aegypten und einzelnen syrischen Vereinigungen zugeschickt.

— Die arabische Europa-Delegation hat unterm 8. Juli vor ihrer Abreise nach Europa eine Kundgebung an die Araber erlassen, worin u. a. betont wird, dass der Oberkommissär beim Empfang am 23. Juni bez. ihrer Forderungen keine klare und befriedigende Antwort erteilt habe. Nachdem das arabische Volk gegen die Grundlagen der Balfour-Deklaration ankämpfe und eine vor einem Abgeordnetenhause verantwortliche nationale Regierung bilden wolle, der das Gesetzgebungsrecht ausschliesslich zustehe, beschloss die Delegation, mit Rücksicht darauf, dass der Oberkommissär diesen Forderungen nicht nachkommen wolle, ihre Reise zu beschleunigen und hoffe, mit Hilfe Allahs beim engl. Volke in Uebereinstimmung mit Artikel 22 des Völkerbundsvertrages Entgegenkommen zu finden, um das Ziel zu erreichen, für das die Völker in den Krieg gezogen sind.

— Der „Marath-al-Scharak" widmet dem Reisezweck der arabischen Europa-Delegation einen längeren Leitartikel und meint, dass die so schwer aufgebrachten Volksgelder nur für wirklich nutzbringende Zwecke ausgegeben werden sollten. Da nach den Erklärungen Samuels die vom Volk verlangte Annullie-

rung der Balfour-Deklaration unmöglich sei, müsste man vor Einleitung weiterer Schritte erst das Volk über seine Meinung befragen. Mit Rücksicht darauf, dass die engl. Regierung die Delegation offiziell nicht empfangen werde, sei für die Verhandlungen mit engl. Zeitungsherausgebern oder einigen nicht offiziellen engl. Persönlichkeiten das dazu aufgebrachte Geld viel zu schade. Die Delegation sollte also ihre Reise aufgeben und im Lande bleiben.

— Anlässlich der Ausrufung Emir Feysuls zum König von Mesopotamien, hat Dr. Eder, der Leiter der Zionist Commission (Waad Hazirim), an König Feysul folgendes Telegramm geschickt: „Ich habe das Vergnügen und die Ehre im Namen der Zion. Org. in Palästina, wie auch in meinem eigenen, die aus der Tiefe unseres Herzens kommenden Glückwünsche zu übermitteln, zur Besteigung des Königsthrones von Mesopotamien; mögen die Tage Euer Regierung lange und ruhig sein."

— Die 10. Sitzung des Advisory Council fand am 19. bis 20. Juli statt; man nimmt an, dass dies die letzte Sitzung des Advisory Council sein wird, da für den neuen Rat demnächst Wahlen ausgeschrieben werden sollen.

— Laut Telegramm des „Doar Hajom" vom 19. Juli, wurde die Kolonie Menhamie überfallen und die Viehherde geraubt.

— Der Schriftstellerverband in Jerusalem erhielt von Bialik und Kollegen folgendes Telegramm aus Konstantinopel: „Die Lage ist furchtbar; wir warten auf die Einreisebewilligung und ersuchen, diese telegraphisch zu senden."

— Laut J. C. B. hat das Immigrationsdepartement der palästinensischen Regierung dem engl. Vertreter in Konstantinopel die Instruktion erteilt, Bialik und Kollegen die Einreiseerlaubnis nach Palästina zu erteilen.

— Der Redakteur der arabischen Zeitung „Lisan-al-Arab" hatte eine Unterredung mit dem Chef der Berater der Ostjordanischen Regierung, der mit dem Sachverständigen für Geld- und Justizwesen und anderen hohen Beamten nach Palästina gekommen war, um mit der Regierung wegen der diesen arabischen Landstrich betreffenden Geldfragen zu konferieren. Raschid Bei Talia sprach von der Uebernahme Ostjordaniens durch Emir Abdullah und betonte, wie England sich durch Uebergabe Ostjordaniens an Emir Abdullah den Arabern zugetan erwiesen habe. Die franz. Politiker befänden sich in ihrer Orientpolitik auf dem Holzwege. England werde den Muselmanen Hilfe nicht versagen, da es Versprechungen einzuhalten verstehe. Die franz. Orientpolitik sollte sich der engl. nähern, anstatt Wege zu verfolgen, die sicherlich zu Misserfolgen führen werden.

— In dem französischen Teile Ostjordaniens haben am 4. Juli Beduinen einen Teil der Brücke der Hauranbahn bei der Station Alchama niedergebrannt. Die aus Damaskus kommenden Reisenden sind gezwungen, durch Umsteigen ihre Reise fortzusetzen.

— Die Leiter der Baugenossenschaft „Hadar Hakarmel" hoffen demnächst die Bewilligung für Häuserbau in der Nähe des Technikums in Haifa für den Betrag von 30,000 Pf. zu erhalten. Die zu gewährenden Anleihen werden von 400 bis 1000 Pf. pro Haus betragen, unter der Bedingung, dass der Hausbesitzer — abgesehen vom Bauplatze — ein Drittel der Kosten selbst investiere. Es ist auch Hoffnung vorhanden Boden zu erwerben für die Leute, die Häuser errichten wollen, jedoch keine Bauplätze erwerben können, u. zw. mit Hilfe des Nationalfondes, unter der Bedingung, dass der Boden für immer im Eigentum des J.N.F. bleibe und dieser ihn den Bauenden gegen bestimmte Zinsen verpachte.

— Laut „Haaretz" ist die Regierung mit Dr. Bergman, dem Leiter der jüd. Nationalbibliothek, in Verhandlungen getreten, an Stelle von Dr. Duschkin den Posten eines Regierungsinspektors des jüd. Schulwesens in Palästina zu übernehmen. Dr. Bergman wird wahrscheinlich am 1. Okt. seinen neuen Posten antreten.

— Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission wegen den Unruhen im Lande hat die Untersuchungen in Jaffa bereits abgeschlossen und untersucht jetzt die Vorfälle in Petach Tikwah und Kfar Saba.

— Am 17. Juli wurde das Urteil gegen den jüd. Polizisten Kuschnir gefällt. Der von den Rechtsanwälten Sacher, Samuel und Dunkelblum verteidigte Polizist wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

— Von 30 auf einem Schiffe Mitte Juli eingetroffenen jüd. Passagieren konnten nur 2, Dr. Weinberg und ein Sohn Ussischkins in Jaffa landen, während die übrigen infolge Verweigerung der Ausbootung durch die arabischen Bootsleute gezwungen waren, in Haifa ans Land zu gehen.

— Der stellvertretende Leiter der Immigrationsabteilung, Albert Hyamson, veröffentlichte eine offizielle Verordnung, wonach jeder über 16 Jahre alte Einwanderer 1 ägyptisches Pfund bei der Registrierung zu zahlen habe, während die unter 16 Jahren alten Einwanderer 20 Grosch zu erlegen haben. Bisher mussten nur 20 Grosch bezahlt werden.

— Der Verband für Häuserbau für die Wohnbedürftigen in Jaffa, der bereits gegen 180 Mitglieder zählt, wurde von dem an der A. C. Sitzung in Prag teilnehmenden Dr. Bogratschow verständigt, dass der Nationalfonds ihm 200 Dunam zur Verfügung stelle. Hypothekardarlehen bis zu 60% dürften möglich sein.

— Die Zionist-Commission bestrebt sich, die Arbeitsvermittlung in Palästina auf europäische Weise zu organisieren und bemüht sich, die Interessen der verschiedenen Arbeiter-Kategorien wahrzunehmen, wie auch die einzelnen Arbeitszweige vor ungeeigneten Kräften zu bewahren. Der Arbeitsnachweis hat sich bereits mit der Regierung und den grossen Arbeitgeberverbänden in Verbindung gesetzt, damit die Arbeitsvermittlung zweckmässig vereinbart werde.

— Lt. „Haaretz" haben sich die Beamten der „Anglo Palestine Company" zur Errichtung einer eigenen geschlossenen Siedlung in Tel Awiw zusammengetan. Der Bau der ersten Häusergruppe, bestehend aus 10 Einfamilienhäusern ist bereits in Angriff genommen worden.

— Lt. „Haaretz" vom 15. Juli wurden in Palästina bisher gegen 12000 Schekel abgesetzt, u. zw. 9000 bei den in Parteien Organisierten und 3000 an Parteilose. Der Misrachi hat gegen 2000 Schekel verkauft.

— Am 11. Juli wurden die Rechtsanwaltsprüfungen beendet. Von den 10 angemeldeten Juden haben 8 und von 5 Arabern 4 die Prüfung bestanden.

— An den in den verschiedenen Synagogen Jerusalems veranstalteten Herzl Trauerfeiern, nahmen auch die beiden Oberrabbiner Anteil, u. zw. Oberrabb. Jakob Meir in der Synagoge des sephardischen Waisenhauses und Oberrabb. Kook in der Churba Rabbi Jehuda Hachasid.

Schweiz.

Zürich, 1. Aug. (Einges.) Auf der am 27. Juni stattgefundenen Generalversammlung der „Jüdischen Nationalfondszentrale Zürich" wurde ein neuer Vorstand gewählt, mit J. Meiseles als Präsidenten, Ing. Rapaport als Kassierer, Dr. Wisansky als Büchsenkommissär und stud Da Fano als Aktuar. Mit Rücksicht auf die vom Jüd. Nationalfonds in letzter Zeit vorgenommenen grossen Bodenerwerbungen in Palästina und geplante weitere Landkäufe bedeutet jede Spende für den J. N. F. einen Schritt weiter in unserer Besitzergreifung von Erez Israel. Wir hoffen, dass die jüd. Bevölkerung Zürichs uns sowohl durch reichliche Spenden als durch tätige Mithilfe in unserer Arbeit für das Gesamtjudentum unterstützen wird.

Presse- und Verlagsnotizen.

— Während der Tagung des XII. Zionisten-Kongresses vom 1.—11. Sept. gibt das Kongressbüro täglich eine offizielle Kongresszeitung heraus, die bei direkter Zusendung unter Streifband zum Preise von 25 tschech. Kronen beim Kongressbüro Karlsbad, Schützenhaus bezogen werden kann.

— Anlässlich des XII. Zionistenkongresses lässt die „Wiener Morgenzeitung" im Rahmen ihrer Hauptausgabe eine Kongressausgabe erscheinen, welche 15 Nummern (vom 31. August bis incl. 14. September) umfassen wird. Als erste Nummer der Kongressausgabe wird die Nummer vom 31. August als Kongressnummer mit Beiträgen zion. Führer erscheinen. Nähere Bezugsbedingungen sind aus der Ankündigung im Inseratenteil ersichtlich.

Die Leipziger Herbstmesse 1921. (Mitgeteilt.) Die diesjährige Leipziger Herbstmesse dauert vom 28 August bis 3. September und vereinigt die Allgemeine Mustermesse mit der Technischen Messe und der Bau-Messe. Sie wird wieder eine gewaltige Veranstaltung zur Pflege internationaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden. Da bereits ein starker Besuch aus dem Auslande angemeldet ist, wird die internationale Leipziger Messe für Aussteller und Einkäufer lohnend. Die schweizerischen Erzeugnisse werden wieder im Schweizerhaus ausgestellt. Es schweben Verhandlungen, die zu unerwartet hohen Einfuhrkontingenten führen dürften. Auch für die Herbstmesse sind Extrazüge aus der Schweiz, sowie ein Schweizerabend vorgesehen. Für Auskünfte über die Messe wende man sich an die Vertretung des Messamtes in Zürich, Russenweg 10 (Siehe Inserat.)

Wir bitten unsere verehrlichen Abonnenten davon Kenntnis zu nehmen, dass unsere nächste Nummer ferienhalber erst am 26. August erscheinen wird. Die Redaktion.

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen